

Aussendung der ÖVP-Gemeinderäte zur letzten Gemeinderatssitzung

Kommentar zu Tagesordnungspunkt 6 – Kindergarten u. Schulneubau

Im Rundschreiben berichtete der Bürgermeister über das Ausschreibungsergebnis d. Projektes sowie Gesamtkosten. Die wesentlichen Punkte entnehmen Sie bitte dem Bürgermeisterrundschreiben.

Im aktuellen Entwurf ist ein Finanzierungszinssatz von 3,9% vorgesehen. Vor rund einem Jahr wurde im Zusammenhang mit dem Projekt jedoch noch ein Satz von 3,6% genannt. Da in diesem Zeitraum keine Leitzinserhöhung erfolgt ist, stellt sich die Frage, warum die Finanzierung nun teurer wird, obwohl sich das allgemeine Zinsniveau eher stabil oder rückläufig entwickelt.

Kommentar zum Tagesordnungspunkt 8: Vertragsbedingungen Baulandmobilisierungsabgabe

Eigentümer von betroffenem Bauland haben die Möglichkeit, unter Abschluss eines Optionsvertrages mit der Gemeinde, eine „Befreiung“ von Baulandmobilisierung zu erreichen.

Deswegen wurde vom Bürgermeister ein Beirat vorgeschlagen und wurde **ausschließlich mit den Stimmen der SP-Mehrheitsfraktion beschlossen**.

Ohne Rücksicht auf berechtigte Bedenken anderer Fraktionen und betroffener Eigentümer.

Im Rundschreiben des Bürgermeisters wurde angeführt, dass „**Gemeindevorstand Christian Wimmer** sich aus ideologischen Gründen **nicht dem Beirat** zur Beratung anschließen möchte.

Ein derartiger Eingriff in das Eigentumsrecht ist für die ÖVP Lackenbach nicht hinnehmbar.

Auch **VP-Gemeinderat Karl Heinz Pekovits** hat sich im Gemeinderat klar gegen die Funktion des Beirats ausgesprochen.

Er begründete seine Ablehnung damit, dass er „**nicht einsieht, dass ein Beirat über die Grundstückspreise in den Vereinbarungen bestimmen soll**“.

Fünf von sechs ÖVP-Gemeinderäten haben sich der Stimme enthalten, GR Karl Heinz Pekovits, war dagegen.

Somit ergibt sich, seitens der ÖVP-Fraktion, eine klare Ablehnung des vorgeschlagenen Modells.

Wir stehen geschlossen für **Freiwilligkeit, Fairness und Eigentumsschutz**, und lehnen **sozialistischen Zwang** entschieden ab.

„Ich bin der Meinung, dass der geplante Optionsvertrag, bei dem Baulandeigentümer entweder eine Steuer zahlen oder ihr Grundstück später zu einem von der Gemeinde festgelegten Preis verkaufen müssen, einer Zwangseignung gleichkommt.

GV Christian Wimmer



vpbgld.at/lackenbach



facebook.com/volksparteilackenbach